

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Mr. 520.

Sonntag den 12. Oktober 1902.

96. Sabraana.

Aus der Woche.

Die Bollfrage aber ihre Behandlung durch mitentscheidende Parteien hat in vergangener Woche mehrere Phasen durchgemacht. Nach Beendigung der zweiten Kommissionsleistung wurde schwärmster Besimismus so geschickt wie Schau getragen, daß Seute, denen der Gedanke an Kommandospiel fern lag, sich mit echter Hoffnungslösigkeit zu erfüllen begannen. Dann kam ein Zwischenspiel und dies wurde zwischen Zentrum und Konservativen gespielt. Die literale „König. Botschaft“ reichte den Konservativen gut zu nicht zu hartnäckig auf ihren Forderungen zu bedrängen; für die eigenen Seite aber bewirkte sie gegenüber einem Organe der Linken, die Behauptung, daß das Zentrum auch nur einen Fuß breit zurückweichen werde, bei „vor allen Freien“. Konservative Blätter wiederum rieten dem Zentrum, nicht zu harten zu bleiben. Um diesen unanständigen Kontextanz ganz genügend zu können, mußte man sich erinnern, daß die Forderungen, die man sich gegenseitig auszureden versuchte, vom Zentrum und den Konservativen gewissemmaß erhoben und vertreten waren. Es handelte sich um die sogenannten Kompromißbeschluße der Reichstag-Kommission. Der Beweggrund für die sanfte Erinnerung, daß der — andere Teil die größeren Stiegs an habe und deshalb vorangehen müsse, war auf beiden Seiten dasselbe. Das Zentrum wollte, daß die Konservativen einen Schritt täten, der es in den Stand setze, seinen bürgerlichen Wählern späterhin zu sagen: Ja, nachdem die Konservativen umgefallen waren, konnte unsere Tradition ihren landwirtschaftsfreundlicheren Standpunkt nicht mehr behaupten, und die Konservativen würdachten, daß Zentrum möchte es ihnen ermöglichen, sich als die im Steile Gefallenen und dadurch in eine

obamächtige Widerkeitsstellung Gebrügten anzustellen und weiterem gesetzlichen Vertrauen zu empfehlen.

Die gleichsam dumme Geschlechtigkeit in beiden lagern hatte aber kurze Heile. Die Zeit drängte und zudem kam Herr Dr. u. Frege-Welpien und sagte ganzlich undiplomatisch, aber wahrlich, das Ding, das ist". So wußt man nun von dem Weitbstall der Unentwegtheit herabsteigen. Herr Reitich vollzog die Bewegung für die Konservativen und wenn er, der selbst anti-taufischen Gründer sein volles Herz wenigstens einigermaßen wahren zu wollen erklärte, von der "Kreuziga", wegen zu weit gehender Offenbarung seines Schaus als getadelt wird, so hat dies wohl nicht viel zu bedeuten. Für das Zentrum besorgte das saure Geschäft am Freitag die "Germania", und sie war noch präziser als der Kontrappöfgenjef aus dem konservativen Heerlager. Herr Reitich hatte gesagt: "Meiner Ansicht nach müssen wir, wenn die Regierung uns entgegenkommt, nötigen. Wie weit darüber möchte ich mich aus taufischen Grünen nicht aussprechen." — Herr Reitich exemplifizierte auf Biehöfle, mit denen das Fraktioninteresse sich für Richtersfolge beim Getreide etwa entschädigen lassen könnte. Die "Germania" deßt sich, wie gesagt, genauer an. In einer Zuschrift von "hochangesehener Seite", höchstwahrscheinlich von Herrn Müller-Hulda, läßt sie sich erzählen, daß die maßgebenden Zentrumsteute im Regierungsbüro Wiesbaden der Fraktion für die bis-herige Haltung gegenüber dem Zolltarif einheitlich die Zustimmung und zugleich das Vertrauen ausgedrückt hätten, es werde der parlamentarischen Vertretung der Partei gelingen, "in dem Widerstreite der Interessen bei der Weiterberatung

des Gesetzes den richtigen Weg zu finden.“

Finden — das ist bewlich; der richtige Weg ist also noch nicht gefunden. Die „Germania“, richtiger ihr Gewährsmann, sieht sich denn auch nicht, die Wiesbadener Resolution so zu kommentieren, wie sie gemeint ist. Sie findet, es „soll doch offensbar angegedeutet werden, daß eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen nicht von der Hand gewiesen werden und keineswegs auf dem Standpunkt „Alles oder nichts“ beharrt werden soll“. Das ist ein weitgehendes und konkenseswertes Augeständnis. Die Kompromißschlüsse der Reichstagskommission, die unter dem Namen des Zentrums-

abgeordneten Herold kritisieren, werden vorbehaltlos in den Bereich jener Politik verwiesen, die „Alles oder nichts“ verlangt. Damit sind die Kompromissfähigkeit feierlich preisgegeben. Die Behauptung, daß es nach dieser Parole zu handeln gedenkt, hat das Zentrum, wie auch die konservative Partei, jederzeit als verleumderischen Vorwurf zurückgewiesen. Nun kommt der Vorbehalt auf höchst der Politik des „Alles oder nichts“; Herr Müller-Gulda, aber mehr als sonst ist, läßt dem allgemeinen Verzicht auf erhöhte Weizenstölze für Getreide

die nachstehende einschränkende Erklärung folgen:
„Wenn nun dagegen in maßgebenden Regierungskreisen gleiches
sollte, doch mit einem einfachen Satzurtheil auf alle Fälle der
Vorlage seitens des Zentrums oder auch nur eines Teils desselben
gerechnet werden kann, wird man sich einer vollständigen Täuschung
eingeben. Es unterliegt z. B. nicht dem mindesten Zweifel, daß
ein Holleris mit dem Gesetzenzoll von 3 M nicht die
Bestimmung des Zentrums finden wird. Man hat
jedemz. des Zentrums der maßgebenden Stellen gegenüber
auch in früheren Städten der Holleristfrage niemals einen
Zweifel gelassen, daß die angemessene Erhöhung des Gesetzen-
zolls „conditio sine qua non“ für Annahme des Tariffs
ist. Da in dieser Hauptfrage bisher „offiziell“ nicht das mindeste
Entgegenkommen in Aussicht steht, wird es begreiflich sein, wenn
auch alle diejenigen Abgeordneten, welche sonst gern die Hand zu
einer Verständigung hielten und vielleicht mit den Kommission-
sbeschlüssen nicht in allen Punkten einig gehen, durch Festhalten an
allen Kommissionssbeschlüssen den Holleris zum Scheitern bringen
sollen. Und solchen Kreisen, vor denen man eine gewisse Führungs-
kraft den maßgebenden Stellen verascht, könnte man schon vor
einiger Zeit erschrecken: „Die Regierung würde keine Verständigung.“
Sollte dies unterbleiben, so ist die Stunde nun auch gekommen. Wie

Sollte dies zutreffend sein, so könnte man auch annehmen: „Die Regierung wünschte keinen neuen Hollerith.“

Tarif bedeute. Nun gehört freilich der Gertzenzoll der Vorlage zu den Böllsägen, die die Regierungen oft direkt und noch in der verschloßenen Woche zweimal hochstijös als „sabu“ bezeichnet hat. Insofern ist die Erklärung des führenden Centralverbandes materiell prüfshaltender, als die des Herrn Reitich, der an die Viehzölle denkt. Die Regierungen haben sich zwar ebenfalls entschieden gegen die von der Kommission beschlossene Bindung von Viehzöllsägen erhartet; doch sie über Viehzollzölle im Generaltarif absolut nicht mit sich reden lassen würden, ist aber nicht zu erkennen gegeben worden. Auf der anderen Seite ist „irg. alledem und alledem“ immer wieder auf den Gerbenzoll als den Punkt hingewiesen worden, an dem die Regierungen schließlich doch ein Entgegensetzen um das Ganze zeigen würden. Es geschah dies auch in der zollamtlichen, aber oft gut unterrichteten „Frankl. Rev.“, bei der der Wunsch sicherlich nicht der Vater des Gedankens war. Wir möchten keine Meinung äußern, glauben aber doch wegen der Erklärung in der „Germania“ dem Kassierer der Freisinnigen Volkspartei gratulieren zu sollen. Großbrauer sammeln bestmöglich Geld, um diese Partei in ihrem Widerstande gegen den Gerbenzoll, sogar den der Regierungsvorlage, zu ermuntern, und die Eröffnung der „Germania“ wird ihre Freigiebigkeit aufs neue bestärken. Wird ein höherer Gerbenzoll nicht zur goldenen Rückgratdrücke der Wehrheitsparteien, so würde es wertvoll sein, zu erfahren, wenn die Richterrichtung zusätzlichen wäre; ob dem an der Bierproduktion besonders stark interessierten bayerischen Finanzminister oder einer bestimmten Berliner Stelle.

Die flottenerneuerung in Japan

Wie aus Japan gemeldet wird, will die japanische Marineverwaltung nunmehr doch die geplante gewaltige Vermehrung der Flotte durchführen. Der Plan zu dieser Vermehrung ist nicht neu; er ist bereits in der ersten Hälfte des laufenden Jahres in den Vordergrund getreten, damals aber in Japan selbst mit lebhafter Opposition empfangen worden. Unter anderem hat damals ein Mann, dem man weder militärische Autorität, noch Viec für sein Vaterland ab sprechen kann, der Marschall Tomagata, erklärt, er halte weder eine Verstärkung der Flotte für nötig, noch eine Vermehrung des Armees für wünschenswert. Wenn die japanische Marineverwaltung ihren Plan jetzt trotzdem wieder aufnimmt, so hängt dies vielleicht mit der Lage der Beziehungen in Korea zusammen. Die allgemeine Flottenpolitik Japans ist ja durchsichtig: es will sich eine so starke Flotte schaffen, daß es im Verein mit den maritimen Streitkräften seines Bundesgenossen England die ostasiatischen Gewässer vollkommen beherrscht. Um aber dieses Programm, ohne allzu großen Aufschub zu erregen, etappenweise durchzuführen und vor allem auch der eigenen Volksvertretung gegenüber rechtstüchtig zu können, bedarf Japan immer wieder solcher Situationen, die die Vermehrung seiner Flotte von Fall zu Fall erleichtern. Nun ist bisher die Situation in Korea so gewesen, daß die Japaner und Engländer gleichermaßen Überwasser hatten; in jüngster Zeit aber ist Herr Baeret zum russischen Gesandten in Söul ernannt worden; es ist der kleine Diplomat, in dessen Hause der Kaiser von Korea zur Zeit des japanischen Attentates auf seine Gemahlin sich flüchtete. Vom Monat hat er dort als Vertreter des russischen Botschafters geweilt und davon in ein Freundschaftsverhältnis übergangen, von dem Russland zweifelsohne Augen für seine Zwecke zu ziehen wissen wird. So müssen die Japaner eine erneute Erhöhung des russischen Einflusses in Korea, und damit eine erneute Verschärfung der politischen Lage in Ostasien erwarten; und bei der Einstimigkeit, mit der alle japanischen Parteien Korea als japanische Interessen-Sphäre reklamieren, ist es immerhin möglich, daß der Hinweis auf die Lage in Korea der japanischen Regierung zur Durchsetzung ihrer Marinewerhungen verhelfen wird.

Die Frage ist aber, ob die neue Marinevorlage nicht anderweitige Folgen haben könnte, die der japanischen Regierung unangenehm sind. Wir haben hier insbesondere die Stimmung in Bezug auf das englische Bündnis im Auge. Diese Stimmung hat bereits einmal eine Abschätzung erfaßt, damals, als Lord Cranborne die unbedachte Neuerung tat, daß England Japan ein Bündnis "gewährt" habe. Das verliegte japanische Nationalgefühl äußerte sich damals in eifiger Zurückhaltung der japanischen Presse. Der vorliegende Fall jedoch ist ernster. Was nützt uns, so wird man in Japan fragen, daß Bündnis mit der größten Seemacht der Welt, wenn und dadurch die Verpflichtung zu außertonidlichen neuen Ausgaben für unsere Flotte aufgelegt wird? Schon hat der erwähnte Marschall Yamagata erklärt: wenn die Alliance mit England einen vernünftigen Sinn haben sollte, so müsse man auf Englands Seemacht genügend bauen können, um daß Gleichgewicht und selbst die Überlegenheit zur See in den ostasiatischen Gewässern Frankreich und Russland gegenüber schon jetzt zu behaupten. Die militärischen Kosten, die Japan zu tragen hat, sind im Verhältnisse zu der Größe und dem Wohlstande des Landes sehr bedeckt, und es wird der Wert eines Bündnisses in den Augen der Bevölkerung bedeutlich erschüttert werden, wenn dieses Bündnis dem Staate die Ausgabe von 250 Millionen Mark auferlegt oder wenigstens nicht erspart. In der inneren Politik Japans wird diese Flottenvorlage jedenfalls noch eine erhebliche Rolle spielen; denn die Opposition wird sie unter dem Gesichtspunkte der Sparhaftigkeit bekämpfen, und sie wird dies um so wirksamer tun können, als sie in der Tat Argumente von nicht zu unterschätzender Bedeutung für sich an-

Das stärkste von diesen Argumenten ist die wirtschaftliche Lage Japans. Noch hat Japan nicht die schwere industrielle Krise überwunden, durch die seine Handelskreise erschüttert worden sind, und es ist auch nicht zu erwarten, daß diese Krise so bald vorübergehen wird, da die eigentümliche Gedächtnis der japanischen Geschäftswelt das europäische Kapital, dessen Japan auf das Trin-

nebenungen abschreibt. Nun hat allerdings das Finanzjahr 1900/1901 unerwarteter Weise einen Überschuss von etwa 13 Millionen Mark ergeben, und wegen der Hebung des Seiden-Exports und der guten Rekorde haben sich die allgemeinen wirtschaftlichen Aussichten etwas gebessert. Dennoch ist Japans finanzielle Lage nach wie vor prekär; und wenn hervorgehoben wird, daß die japanische Staatschuld bisher nur 25 % pro Kopf betrage, so ist zu bedenken, daß die Bedeutung dieser Ziffer eine relative ist und an dem Nationalwohlstande des Volkes zu messen ist. Für einen reichen Mann will eine Schuld von 1000 £ nichts bedeuten, einem Armen erdrückt sie. Den besten Gradmesser für Japans finanzielle Lage bilden die Schwierigkeiten, die es mit seinen Anleihen hat. Die 40-Millionen-Anleihe bei Baring Brothers ist ganz erschietert, andere Anleihen mußten zu recht schweren Bedingungen aufgenommen werden, wie z. B. die der Stadt Yokohama, für die 7 Prozent bezahlt werden mußten. Für seine letzte, die 150-Millionen-Anleihe, zahlt Japan 5 Prozent, und es wird sich hierfür wohl bei der englischen Regierung zu bedanken haben, die gerade jetzt, im Hinblick auf die neue Flottenvorlage, einen saftigen Druck auf die City ausgeübt haben dürfte. Immerhin: die Staatschuld wächst, gewalige neue Ausgaben stehen bevor, die wirtschaftliche Lage ist bedenklich — Gründe genug, die die Opposition bei den Wahlen mit Erfolg ins Feld führen kann.

Deutsches Reich.

+ Berlin, 11. Oktober. (Katholische Wissenschaft und kirchliche Lehrautorität.) Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp hat sich auf der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft über das Beiblatt der katholischen Gelehrten zur kirchlichen Lehrautorität in einer Weise geäußert, die nicht ohne Kommentar gelassen werden darf. Der genannte Kirchenfürst bat zwar anerkannt, daß der katholische Gelehrte durch die Lehrautorität seiner Kirche gebunden ist, „aber“, so fuhr der Fürstbischof fort, „was für ihn (dem katholischen Gelehrten) vom höchsten Werthe ist, das ist das Gefühl der Sicherheit, mit dem er an seine Forschungsarbeiten gehen kann... Die menschliche Forschung wandelt beständig an den Abgrund des Irrtums. Den Seinigen aber ruft Christus zu: Non turbetur cor vestrum, nequo formidet. Ja, der katholische Gelehrte kann ohne Un Sicherheit und Angst an seine Forschungen gehen, kann sie so weit ausdehnen, wie es menschlichem Geiste nur möglich ist. Er wird immer an der Hand der Kirche den Rückweg zur Wahrheit finden, an der sanften Hand der Kirche, welche ihre Macht, wie der heilige Paulus sagt, nicht in destructionem, sondern in adiunctionem gebraucht, welche die Geister nicht unterdrückt, sondern mit ihnen das hohe Gebürt der Wissenschaft bis in die höchsten Stufen ausbauen will.“ — Eine Unterdrückung der Geister könnte in solchen Höllen doch nur dann in Abrede gestellt werden, wenn die irreten katholischen Gelehrten freiwillig den „Rückweg zur Wahrheit“ an der „sanften“ Hand der Kirche suchten. Die katholische Kirche wartet jedoch darauf nicht; sie weist den „irreten“ katholischen Gelehrten den „Rückweg zur Wahrheit“ mit rauherster Hand, sie unterdrückt die Geister, indem sie von ihnen das Opfer des Intellektus bricht und damit zugleich verlangt, daß auch das Gewissen des „Irrenden“ ihr zum Opfer gebracht werde. An diesem Tatbestande ändert selbst die schärfste Kere eines Kardinals und Fürstbischofs nichts. Und ebenso wenig ändert ein Kardinal und Fürstbischof etwas an der Tatsache, daß unter den im Schlagbaum verworfenen und verdamten „Lehremeinungen der Zeit“ sich unter den Paragraphen II und V folgende befinden: „Die Kirche darf nicht nur nicht gegen die Philosophie jemals einschreiten, sondern muß vielmehr die Irrtümer der Philosophie dulden und es dieser überlassen, daß sie sich selbst korrigiere.“ „Die Verpflichtung, welche katholische Lehrer und Schriftsteller überhaupt bindet, ist auf das beschränkt, was von dem unfehlbaren Ansprache der Kirche als Glaubenssatz allen zu glauben vorgeschlebt wird.“ — Gerade der letztere vom Papste verworfene und verdammte Satz verdient es, als Gegenstück zu der Darstellung des Kardinals Dr. Kopp herangezogen zu werden. Denn er zeigt, wie weit die katholische Kirche die Positionen der kirchlichen Lehrautorität verfehlt.

Bezeugniss der kirchlichen Lehrautorität ausdehnt.

3 Berlin, 11. Oktober. (Sozialdemokratie und Gewerkschaften.) Die Reihe der Gegenseiter präziser Natur, die zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften sich herausbildet haben, ist seit dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress und seit dem Münchener Parteitag um einen neuen vermehrt worden. Dieser Gegenseiter betrifft die Frage der Arbeitslosenversicherung. Nach dem Beschlüsse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses sollen die Gewerkschaften Träger der Arbeitslosenversicherung werden. Auf dem Münchener Parteitag der Sozialdemokratie dagegen war als Referent über jenes Thema "Gemeinsame" Wollensbuhr bestellt. Dieser bestätigt den Standpunkt des Gewerkschaftskongresses mit derselben Lebhaftigkeit, mit welcher er für eine obligatorische Reichs-Arbeitslosenversicherung für alle Angestellten und Arbeiter unter Angliederung an die Invaliditäts- und Altersversicherung eintritt. Wollensbuhr hat es ausgesprochen, daß ein den Gewerkschaften überwiesener Arbeitslosenzuschuß ein Grund zur Korrumperung der Gewerkschaften sein würde. "Selbst das Rechtshansgey", meint Wollensbuhr, "hatte ich für harmlos gegenüber diesem aus größtem Wohlwollen entsprungenen Vorschlage!" Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften antwortete hierauf mit begreiflicher Schärfe, daß "auf so niedrigem Niveau" gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nur der polemisierte könne, der die Gewerkschaften niemals verstand. Die übrige Gewerkschaftspresse läßt jetzt an, gegen Wollensbuhrs Stellung in der Frage der Arbeitslosenversicherung und gegen die sozialdemokratische Partei, die Wollensbuhr mit dem Referat

Organ des Buchdruckerverbandes: „Doch man.. gerade ihm (Wollenbuh), von dessen Ansichten man bereits soviel wusste, daß die Verwertung derselben den Anfang vom Ende unterte.. Gewerkschaftsbewegung bedeuten würde, zum Referenten in der Frage der Arbeitslosenversicherung bestellte, sollte dem Beiraten und Mitgliedern unsere gewerkschaftlichen Organisationen doch sehr zu denken geben und sie für die künftige Behandlung dieses Problems recht nachlassend lassen.“ — Nach den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses dürften zahlreiche Gewerkschaftsorgane sich bald ähnlich wie das Buchdruckerblatt äußern.

△ Berlin, 11. Oktober. (Sozialpolitisch.) Wie haben seiner Zeit mitgeteilt, der neugebildete Beirat für Arbeiterstatistik werde im Oktober zusammentreten, um die Ansichten des Präsidenten des Kaiserlich Statistischen Amtes Dr. Wilhelm über den Arbeitsplan der arbeitsstatistischen Abteilung des ihm unterstehenden Amtes entgegenzunehmen. Die Einladungen an die Mitglieder des gedachten Beirates sind für den 22. Oktober ergangen. Die Tagesordnung der ersten Sitzung enthält insbesondere folgende Beratungsgegenstände: 1) Bericht über die bisherige Tätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik. Berichterstatter: Der Vorsitzende Dr. Wilhelm. 2) Entwurf der Geschäftsordnung des Beirats für Arbeiterstatistik. Berichterstatter: Dr. Fischer. 3) Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. 4) Bestellung von Berichterstattern für die Erhebung über die Arbeitszeit im Binnenschiffahrt- und im Fuhrgewerbe. 5) Weitere Behandlung der Erhebungen über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Comptoirs des Handelsgewerbes, die nicht mit öffnen Verkaufsstellen verbunden sind, sowie der dazu vorliegenden Angaben. Berichterstatter: Dr. Fischer. 6) Wahl von Ausschüssen. Unter den Ausschüssen auf sozialpolitischem Gebiete, welche der Reichstag in seinem nächsten Tagungsbereich voraussichtlich ihrer Ablösung entgegenführen wird, steht voran die Durcharbeitung des Kinderschutzauftrags. Man gibt sich in Reichstagkreisen der Hoffnung hin, es werde sich über die Meinungsverschiedenheiten, welche dieses Gesetzentwurfes wegen noch abzuhalten, durch einige Vereinbarungen seiner Struktur hineinzukommen lassen. Mehrfach wird auch eine Verstärkung einzelner Bestimmungen für nicht ausschlos gehalten. — Die zugesagte Vorlage wegen der laufenden sozialen Schiedsgerichte schlägt auch im das Gebiet der Sozialreform. Es besteht, wie wir unlängst mitteilten, begründete Aufsicht, daß auch dieser Gesetzentwurf seinen Rechtmässigkeiten in nächster Zeit anschneid.

□ Berlin, 11. Oktober. (Deutschland und Dänemark.) Da Dänemark mehrmals sich die Stimmen, die einem guten Einvernehmen mit Deutschland das Wort reden, vor einiger Zeit haben sich hervorragende dänische Männer in diesem Sinne gewünscht; jetzt spricht sich das führende Blatt der dänischen Linken ebenso aus, ja, "Politiken" erklärt sogar, daß die auswärtige Politik Dänemarks von der Leberzeugung aus geleitet werden müsse; Freiheit mit Deutschland sei für Dänemark eine Lebensbedingung. Eine Auffassung, die vom dänischen Standpunkte aus lediglich eine realpolitische ist, wird im Deutschland gern willkommen gesehen werden. Aber von deutscher Seite darf man zugleich das Verlangen erheben, daß Dänemark, wie meines natürlichen das nichtamtliche, aus seiner politischen Theorie die rechtlichen Folgerungen nach jeder Richtung ziebe. Das gilt selbstverständlich für die Haltung mancher dänischer Kreise gegenüber Nordschleswig. Die unanständigen Blätter wie "Politiken" und hervorragende dänische Männer für ein Hand in Hand-Gehen Dänemarks mit Deutschland treten, um so lebhafter sollten sie bemüht sein, zu verblüften, daß die dänische Agitation in Nordschleswig vom Dänemark aus moralisch und finanziell unterstützt wird. Denn jene Agitation und ihre Förderung durch die dänischen Chauvinisten verbreitet es einstweilen der öffentlichen Meinung Deutschlands, das Einvernehmen mit Dänemark so vorbehaltlos zu pflegen, wie es anderthalb möglich wäre.

* Berlin, 11. Oktober. (Die Lutherkirche in Rom.)
Der heisigen "Volkszeitung" wird geschrieben:
Seit vielen Jahren liegt der im ganzen Deutschen Reiche gesammelte Beitrag von einer 880 000 M. bereit, der zum Bau einer protestantischen Kirche in Rom bestimmt ist. Die englische Nation hat ihre protestantische Kirche englischer Richtung in der einzigen

Die französischen katholischen evangelischen Kirchen in der zweiten steht, die französischen Protestanten benennen die Waldecker Kirche, für die von Jahr zu Jahr nachende deutsche Gemeinde muß sich mit der kleinen Kapelle der deutschen Reichsstadt im Palazzo Caffarelli begnügen. Sie ist dort bei dem diplomatischen Beamten des Reiches zu Hause; denn der Prediger gehört zum Reichspostpersonal. Seit dem Brüderpunkt nur, doch die Zentrumspartei auf die Geschichte des Deutschen Reiches einen zufriedenenden Rastplatz aufstellt, so die schon vorher nicht weniger als unbedingte Stellung eines Reichspostpredigers in Rom ganz unfehlbar geworden. Aus Berlin kommt nämlich der Wind: „Es darf um keinen Preis in Rom eine Lutherkirche gebaut werden; denn solch ein Unterfangen nehme der Heilige Vater über, und auf seinem Willen würde das Zentrum die parlamentarische Vermillioniermaschine zu Wasser und zu Lande nicht recht schmeißen!“ Ein junger Schriftsteller, auf den der Protestantismus mit allen Zeigen der Reueheit wirkt, bewies sofort schlägig, 1) daß man mit 880 000 M überhaupt keine Kirche bauen kann und 2) daß in der Stadt des Papstiums eine Lutherkirche eingerichtet anno 2000 ein Augus ist. Die im zweiten Sohe ausbrechende Prophezeiung hat etwas für sich. Ueber kurz oder lang werden vermutlich alle höheren Beamten des Reiches in Rom aus Kreisen der Zentrumsbürgerschaft entnommen werden, wie der Kellier des preußischen historischen Instituts, und dann kann, wenn die Herrschaften auch ihr Personal bis zu den Dienstboten nur aus katholischem Professionsgenossen rekrutieren, die evangelische Kapelle in allen Reichspostgebäude geschlossen werden. Der allseitliche Prediger Dr. Lang hat an den gegenwärtigen Verhältnissen seine Gefallen gefunden, daß er freilich eine Zeitlang die